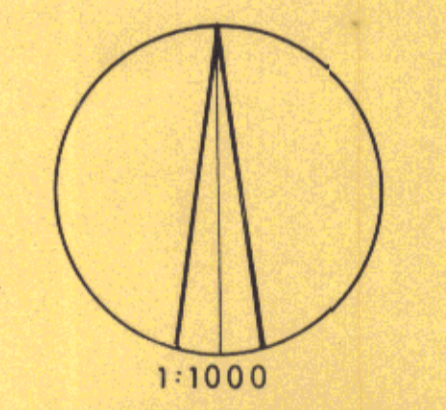




- GRENZE DES PLANBETRIEBES
- STRASSENLEINE
- BAUSCHENNE
- ABGRENZUNG DER BAUGEBIETE UND DER GEBIETE UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
- ART DER BAULICHEN NUTZUNG
- WOHNBAUFÄCHEN
- WR REINES WOHNGEBIET
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
- GRZ GRUNDFLÄCHENZAHL
- GFZ GESCHOSSFLÄCHENZAHL
- I ZAHL DER VOLLGESCHOSSE, ZWINGEND
- NICHT ÜBERBAUBARE FLÄCHEN
- BAUGRUNDSTÜCKE FÜR DEN GEMEINBEDARF
- MIT EINEM GEH- UND FAHRRECHT ZU BELASTENDE FLÄCHEN
- ÖFFENTLICHE STRASSEN, WEGE, PLATZ
- VORHANDENE BAUTEN



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
BEBAUUNGSPLAN AUF GRUND DES BUNDEBAUGESETZES VOM 23. JUNI 1960 (BGBI. S. 341)
ISEBROOK 7
 BEZIRK ALTONA ORTSTEIL 224

HAMBURG, DEN 10.9.1968
 LANDESPLANUNGSAMT

ERSTER BAUDIREKTOR
 GEZ, MORGENSTERN
 Freie und Hansestadt Hamburg
 Baubehörde
 Landesplanung
 Hamburg, den 11. DEZ. 1968
 Fürgestellt durch Vorgesetzten/Gesetz vom 11. DEZ. 1968 (GVBl. S. 273) In Kraft getreten am 19. DEZ. 1968

Gesetz
über den Bebauungsplan Isebrook 7
 Vom 11. Dezember 1968

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

§ 1
 1. Im Wohngebiet offene Bauweise sind nur Gebäude mit nicht mehr als zwei Wohnlagen zulässig.
 2. Das festgesetzte Geh- und Fahrrecht umfasst die Befugnis der Freien und Hansestadt Hamburg, für den Abschnitt des Jugendheims an die Vorkehrmaßnahmen auf dem Flurstück 1750 der Gemeinde Dödenbüsch, auf dem Flurstück 1750 der Gemeinde Dödenbüsch eine Zufahrt anzulegen und zu unterhalten.
 3. Soweit der Bebauungsplan keine besonderen Bestimmungen enthält, gelten die Vorschriften über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung vom 26. Juni 1962 (Bundesgesetzblatt I Seite 429) sowie die Baupolizeiverordnung für die Freie und Hansestadt Hamburg vom 8. Juli 1958 (Sammlung der berechtigten hamburgischen Landesrechts 23. 809).

§ 2
 Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Bestimmungen:
 Angewandt Hamburg, den 11. Dezember 1968.
 Der Senat

Freie und Hansestadt Hamburg
 Baubehörde
 Landesplanung
 Hamburg 56, Stadtkommission 1
 Kur 24 10 08
Archiv Nr. 23316 A

Gesetz**über den Bebauungsplan Langenhorn 34**

Vom 11. Dezember 1968

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

§ 1

(1) Der Bebauungsplan Langenhorn 34 für das Plangebiet Krohnstieg — West- und Nordgrenze des Flurstücks 3596 der Gemarkung Langenhorn — Eckboomkoppel — Ostgrenzen der Flurstücke 118 und 120 der Gemarkung Langenhorn — Krohnstieg — Rodenkampweg — Jugendparkweg — Weg Flurstück 184 der Gemarkung Langenhorn — An der Baumschule — Westerrode — Jugendparkweg — Westgrenzen der Flurstücke 159 und 158 der Gemarkung Langenhorn (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 432) wird festgestellt.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt.

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Bestimmungen:

1. Im Wohngebiet offener Bauweise sind nur Gebäude mit nicht mehr als zwei Wohnungen zulässig.
2. Im Sondergebiet Läden sind nur Ladengeschäfte, im Obergeschoß auch Räume nach § 13 und Betriebswohnungen im Sinne von § 7 Absatz 2 Nummer 6 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) vom 26. Juni 1962 (Bundesgesetzblatt I Seite 429) zulässig. Ausnahmsweise können Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe zugelassen werden. Die Dächer sollen höchstens 6 Grad geneigt sein.

3. Das festgesetzte Leitungsrecht umfaßt die Befugnis der Freien und Hansestadt Hamburg, unterirdische öffentliche Sielanlagen herzustellen und zu unterhalten. 3,0 m beiderseits der Sielachse sind bauliche Vorhaben und solche Nutzungen unzulässig, welche die Unterhaltung beeinträchtigen können.

4. Die Stellflächen für Kraftfahrzeuge dienen zur Erfüllung der Verpflichtungen nach der Verordnung über Garagen und Einstellplätze vom 17. Februar 1939 (Reichsgesetzblatt I Seite 219) im Wohngebiet geschlossener Bauweise, und zwar in erster Linie für die Baugrundstücke, auf denen sie ausgewiesen sind. Die Flächen dürfen als Einstellplätze und als Garagen unter Erdgleiche genutzt werden. Eingeschossige Garagen sind zulässig, wenn die benachbarte Bebauung und ihre Nutzung nicht beeinträchtigt werden. Auch die nicht überbaubaren Grundstücksteile sind als Garagen unter Erdgleiche nutzbar, wenn Wohnruhe und Gartenanlagen nicht erheblich beeinträchtigt werden.

5. Soweit der Bebauungsplan keine besonderen Bestimmungen trifft, gelten die Baunutzungsverordnung mit Ausnahme der §§ 2 Absatz 3 Nummern 2 bis 4 und 3 Absatz 3 sowie die Baupolizeiverordnung für die Freie und Hansestadt Hamburg vom 8. Juni 1938 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts 21 302-n). Unberührt bleibt die Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Langenhorn, Fuhsbüttel und Klein Borstel vom 31. Mai 1960 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 325).

Ausgefertigt Hamburg, den 11. Dezember 1968.

Der Senat

Gesetz**über den Bebauungsplan Iserbrook 7**

Vom 11. Dezember 1968

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

§ 1

(1) Der Bebauungsplan Iserbrook 7 für das Plangebiet Schenefelder Landstraße — Nordgrenzen der Flurstücke 1761, 1835 und 1861 der Gemarkung Dockenhuden — Windloh — Brookwisch — Osterloh — Südgrenzen der Flurstücke 1854 bis 1848 und in südlicher Richtung über das Flurstück 1750 der Gemarkung Dockenhuden zur Osdorfer Landstraße — Sülldorfer Landstraße (Bezirk Altona, Ortsteil 224) wird festgestellt.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt.

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Bestimmungen:

1. Im Wohngebiet offener Bauweise sind nur Gebäude mit nicht mehr als zwei Wohnungen zulässig.

2. Das festgesetzte Geh- und Fahrrecht umfaßt die Befugnis der Freien und Hansestadt Hamburg, für den Anschluß des Jugendheims an die Verkehrsfläche, auf dem Flurstück 1750 der Gemarkung Dockenhuden eine Zufahrt anzulegen und zu unterhalten.

3. Soweit der Bebauungsplan keine besonderen Bestimmungen trifft, gelten die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) vom 26. Juni 1962 (Bundesgesetzblatt I Seite 429) sowie die Baupolizeiverordnung für die Freie und Hansestadt Hamburg vom 8. Juni 1938 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts 21 302-n).

Ausgefertigt Hamburg, den 11. Dezember 1968.

Der Senat